Die schlechteste Regierung, die wir jemals in Deutschland hatten: Die schwarz-gelbe Bilanz der Kanzlerschaft Angela Merkels

Nach 20 Monaten parteipolitischem schwarz-gelben Gezänke, nach x-maligen Neu-Starts hatte Merkel Ende 2010 einen „Herbst der Entscheidungen“ ausgerufen:

> „*Wir sagen: Dies ist der Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland für das neue Jahrzehnt zwischen 2010 und 2020. Das ist unser Anspruch, und dem werden wir gerecht*“ (Rede im Bundestag vom 15.09.2010).
>
> „*Ja – darüber haben wir in diesem Herbst viele Debatten geführt –, wir haben kontroverse Entscheidungen gefällt. Aber wir sind der Meinung, dass wir damit die Weichen in die richtige Richtung gestellt haben*“ (Rede im Bundestag vom 24.11.2010).

Doch der „Herbst der Entscheidungen“ war ein „Herbst der Fehlentscheidungen“. Im Frühjahr 2011 ist nichts von den Entscheidungen für das „*neue Jahrzehnt zwischen 2010 und 2020*“ übrig geblieben.

Außer:

- Steuergeschenke von CDU/CSU und FDP an Hoteliers, große Unternehmen und reiche Erben!
- Eine ungerechte Gesundheitspolitik mit Kopfpauschale und Vorkasse
- Unsoziale Sparpolitik zu Lasten von Geringverdienern und sozial Schwachen.

ENERGIEKONZEPT

Im Herbst 2010 feierte Merkel ihr Energiekonzept als „energiepolitische Revolution“:

> „*Die Bundesregierung hat gestern ein weitreichendes und umfassendes Konzept für die Energieversorgung der nächsten Jahrzehnte beschlossen“. (…) Der Grundkonflikt besteht doch in der Frage, ob wir die Kernenergie als Brückentechnologie so lange, wie es vernünftig ist - aus Gründen der Preisstabilität (…) nutzen, oder ob wir die Nutzung der Kernenergie aus ideologischen Gründen vorher beenden*“ (Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel zum Energiekonzept, 06.09.2010).

Im Wahlkampf sprach sie sich klar für die Verlängerung der Laufzeiten aus:.

> „*Aber ich glaube, besonders wenn ich sie mir weltweit anschaue, dass die Kernenergie für eine überschaubare Zeit lang eine Perspektive hat. Deutschland steht es gut an, bei dieser technisch außerordentlich anspruchsvollen Energieerzeugung einen Beitrag zu dieser Entwicklung auch für die absehbare Zukunft zu leisten (…). In vielen Ländern findet daher ein Umdenken in Bezug auf die Kernenergie statt; (…) Wir sehen ein Umdenken, wir sehen in der Energieplanung und den Energieszenarien vieler Länder auch die Nutzung der Kernenergie.* ***Ich persönlich mache mir große Sorgen, was passiert, wenn Deutschland eines Tages aus diesem Bereich ausgestiegen sein sollte, was ich nicht will; ich will die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke, und zwar auf dem besten technischen Niveau***“ (Rede Merkel Atomforum, 01.07.2009).

> Im FDP-Wahlprogramm 2009 stand:
>
> „Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch falsch.“

Im Frühjahr 2011 schon stoppt Merkel ihr eigenes Gesetz für drei Monate, um die Sicherheit der Atomkraftwerke zu überprüfen. Die „Revolution“ entpuppt sich als falsche, sogar gefährliche Politik. Merkel muss sich auf einmal von ihrer ideologischen Altlast und „energiepolitischen Revolution“ distanzieren.

BUNDESWEHRREFORM

Im Herbst 2010 sagte Merkel zur Bundeswehrreform*:*

> *„Der Umbau der Bundeswehr ist von zentraler Bedeutung, weil sie zukunftsfähig gemacht werden muss*“ (Rede im Bundestag vom 15.09.2010).

Im Frühjahr 2011 war es die erste Maßnahme des neuen Ministers Thomas de Maizière, die Reißleine zu ziehen, weil der Bundeswehrreform zum Desaster zu werden drohte. Eine seine ersten Amtshandlungen war die Entlassung des für die Reform zuständigen Staatssekretärs.

Der Umbau der Bundeswehr war dilettantisch: Die Wehrpflicht wurde schneidig von Merkels Verteidigungsminister zum 1. April aus reinem Sparzwang abgeschafft, ohne die entscheidenden Fragen zu klären: Welche Struktur braucht die Bundeswehr? Wie viel Geld bekommt sie? Woher sollen die Freiwilligen kommen?

HAUSHALTSPOLITIK

Im Herbst 2010 behauptete sie, Schwarz-Gelb stehe für solide Haushaltspolitik:

> **„***Meine Damen und Herren, dabei sind solide Finanzen einer der Kernbausteine*“ (Rede im Bundestag vom 15.09.2010).

Im Frühjahr 2011 wird klar: Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung sind auf Sand gebaut: Die Einsparungen bei der Bundeswehrreform wird es genauso wenig geben wie Einnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer: Merkel ist hier bei den internationalen Verhandlungen eingeknickt. Nun steht auch die Brennstoffsteuer auf dem Spiel. Die AKW-Betreiber werden sicherlich den Lobby-Vertrag mit der Bundesregierung nun ihre Zahlungsverpflichtung infrage stellen. Übrig bleiben Einsparungen bei den Geringverdienern und Sozial Schwachen – nur hier hat Schwarz-Gelb ihre Pläne hartnäckig verfolgt.

REFORM DER POLIZEI

Im Herbst 2010 wollte die Bundesregierung eine grundsätzliche Reform der Polizei angehen.

Im Frühjahr 2011 hat der neue Innenminister die alten Pläne von Vorgänger Thomas de Maizière zu den Akten gelegt. Die Fusion von Bundespolizei und BKA ist vom Tisch

HARTZ IV

Im Herbst 2010 behauptete Merkel, etwas für Hartz IV-Familien zu tun:

> **„***Kinder aus Hartz-IV-Familien werden zum ersten Mal Bildungsleistungen bekommen. Wir werden das so organisieren, dass diese Bildungsleistungen treffsicher bei den Kindern ankommen*“ (Rede im Bundestag vom 15.09.2010).

Im Frühjahr 2011 zeigte sich: Nur mit Hilfe der Oppositionsparteien konnte der Regierung ein echtes Bildungspaket abgerungen und Maßnahmen durchgesetzt werden, damit weniger Menschen in Hartz IV rutschen.

- Schwarz Gelb wehrte sich lange gegen eine Ausweitung des Bildungspakets, dass 500.000 Kinder Bildungsleistungen bekommen, deren Eltern trotz Arbeit als Geringverdiener auf Hilfeleistungen angewiesen sind.
- Nur durch die SPD wurde ein Mindestlohn für 1,2 Millionen Beschäftige in der Zeitarbeit, dem Sicherheitsgewerbe und der Weiterbildungsbranche eingeführt, so dass weniger Menschen auf zusätzliche Stütze vom Amt angewiesen sind.

GESUNDHEITSPOLITIK

Im Herbst 2010 führte Merkel in der Gesundheitspolitik die Kopfpauschale und Vorkasse ein:

> „*Ja, wir werden Zusatzbeiträge einführen, aber wir werden niemanden überfordern" (…) Deshalb bringt unser Modell mehr Solidarität als das heutige*“ Das Land müsse neue Wege gehen, um Gesundheit für alle zu gewährleisten“ (ddp, 25.09.2010).

Die Gesundheitspolitik gibt es auch im Frühjahr 2011 noch. Doch das Prinzip der Solidarität wird auf den Kopf gestellt:

- Die schwarz-gelbe Kopfpauschale bedeutet: je weniger man verdient, desto mehr wird man belastet. In einem funktionierenden Sozialstaat funktioniert das normalerweise anders herum. Konkret heißt das: Bei 1000 Euro Rente bedeuten 40 Euro zusätzliche Kopfpauschale eine vierprozentige Rentenkürzung. Millionen Menschen werden künftig einen Sozialausgleich beantragen müssen und werden damit trotz Einkommen aus eigener Arbeit oder Rente zu Bittstellern.
- Ein weiterer Beitrag zur Ungerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung ist die Vorkasseregelung. Es werden auch dann wohl nur diejenigen eher einen Arzt-Termin bekommen, die in Vorkasse gehen. Und wer sich das nicht leisten kann, der muss eben noch ein wenig länger die Zähne aufeinander beißen. So entsteht in Deutschland eine Drei-Klassen-Medizin.

Impressum
V.i.S.d.P.: BayernSPD, Rainer Glaab, Oberanger 38, 80331 München
Redaktion: Christian Demuth, Parteivorstand
www.bayernspd.de; info@bayernspd.de